



Niederschrift

4. Plenarsitzung des Gemeinderates
19. November 2024, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 20 der Tagesordnung: PV-Freiflächenanlage mit Bürgerenergiegenossenschaft realisieren

Antrag: CDU

Vorlage: 2024/0621

Beschluss:

Einverstanden mit der Stellungnahme

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 20 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit am 15. Oktober 2024.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Wir können mit der Antwort, die die Verwaltung auf unsere Vorstellung erteilt hat, leben. Man muss allerdings zunächst einmal erläutern, um was es geht. Es geht um PV-Freiflächenanlagen, die sich entlang der Autobahn im Bereich der Stadtteile Palmbach und Grünwettersbach anbieten. Wir wollen das fördern. Wir wollen da vor allem die Energie und die durchaus vorhandene Begeisterung der Bevölkerung nutzen, denn wir hören überall, dort, wo wir die Bevölkerung an Ort und Stelle mit einbinden können und sie auch für das Projekt erwärmen können, da laufen die Projekte sehr, sehr gut. Und das ist das Ziel dieses Antrags. Und wir haben bisher, wenn man einmal in die Geschichte zurückblickt, den Eindruck, dass es sehr gemäßigt behandelt wird vonseiten der Verwaltung. Es ist dann von der KEK übergegangen auf die Stadtwerke, und wir sind einfach der Meinung, dass wir Genossenschaften als das richtige Medium dafür sehen, die Projektidee an die Bürgerinnen und Bürger heranzutragen. Und von daher brauchen wir diesen Mitnehmereffekt an der Basis, der dann Begeisterung eben auslöst. Und mit diesem Hauptinteresse wollen wir eigentlich dieses Thema weiter begleitet wissen von der Verwaltung. Er darf nicht verwaltungszentriert sein, der Prozess. Und von daher glaube ich, dass wir jetzt einmal endlich diese Eigendynamik auslösen müssen, und dann habe ich keine Bange, dass es auch etwas wird.

Nun werden in der Antwort verschiedene, nicht ganz abwegige Bedenken geäußert, zunächst einmal, dass noch nicht alle Grundstückseigentümer zugestimmt haben. Aber mit

Verlaub, das entspricht doch nicht der praktischen Entwicklung. Im Moment würde ich als Eigentümer auch nicht mein Grundstück zur Verfügung stellen, wenn ich nicht insgesamt weiß, was aus der gesamten Projektidee wird. Ich bin sehr, sehr zuversichtlich, dass, wenn wir so eine Genossenschaft einmal in Gang gebracht haben, die graswurzelmäßig arbeitet, dann werden auch die letzten Zweifler und Eigentümer nicht mehr umhinkommen, da einfach mitmachen zu wollen.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Wir können auch sehr gut mit der Antwort der Stadtverwaltung leben. Wir begrüßen natürlich alle Initiativen, die erneuerbare Energien voranbringen wollen. Sie sollten natürlich effizient und effektiv sein, und zu informieren ist auf jeden Fall eine gute Sache. Wir glauben aber, und da teilen wir die Einschätzung der Stadtverwaltung jetzt, dass es nicht sinnvoll wäre, dass die Stadt noch die Gründung einer weiteren Bürgerenergiegenossenschaft in Karlsruhe fördert. Wir haben eine, und wir wollen jetzt dann keine Zersplitterung. Natürlich können sich Bürgerinnen und Bürger immer zu Genossenschaften zusammenschließen. Da wollen wir auch nirgendwo bremsen. Nur wir müssen als Stadt nicht noch weitere Institutionen schaffen. Wir freuen uns auch, wenn da etwas realisiert werden kann, aber wir würden jetzt nicht die Stadt zwingen wollen, dass sie weitere Bürgerenergiegenossenschaften ins Leben ruft und fördert. Die eine, die wir in Karlsruhe gefördert haben, genügt.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Wir wollen in erster Linie der CDU-Fraktion danken für den Antrag, weil es uns ein wichtiges Projekt ist und auch so schön auf komprimierte Art und Weise jetzt zeigt, welche Schwierigkeiten man beim Ausbau der erneuerbaren Energien manchmal auch hat. Also gerade mit den vielen Eigentumsverhältnissen ist es einfach eine Schwierigkeit, und wir können den Gedanken total nachvollziehen mit der Genossenschaft. Wir sind einmal gespannt, ob die BEnKA so viel Identität mit einbringt, dass sie da oben die Menschen, denen die Flächen gehören in den Bergdörfern, überzeugt. Es macht sicherlich keinen Sinn, jetzt für jedes Projekt eine neue Bürgerenergiegenossenschaft zu gründen. Ich glaube, das wird auch aus logistischen Gründen nicht funktionieren. Das ist auch sehr aufwendig, so eine Genossenschaft zu gründen. Das ist ja nichts, was man einfach einmal so kurzerhand macht, aber ich bin einmal gespannt.

Also für uns ist es tatsächlich auch wirklich jetzt interessant zu sehen, ob das dann mit der BEnKA funktioniert. Man muss auch einmal mit der BEnKA reden, ob die das jetzt überhaupt machen wollen, die sind jetzt ja auch gerade mit einem anderen Projekt beschäftigt und ob die die Kapazitäten haben, da jetzt schon wieder etwas Neues anzufangen. Und dann muss man, glaube ich, mit einem großen Feingefühl darauf achten, ob das angenommen wird oder ob das nicht angenommen wird. Und wenn das nicht angenommen wird, dann muss man halt über Alternativen diskutieren. Ob das dann eine neue Bergdorf-Genossenschaft ist, die ich natürlich aus Herkunftsgründen ganz attraktiv finde, oder ob es irgendeine andere Form ist, muss man einfach diskutieren. Aber wichtig ist, dass das Thema jetzt einmal auf der Agenda stand, und wir sind gespannt, wie es damit weitergeht.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir haben jetzt gerade erst vor ein paar Tagen den Beginn der Dunkelflaute gehabt. Das hat dazu geführt, dass uns unsere ganze Photovoltaik in ganz Deutschland überhaupt nichts geholfen hat. Wir haben praktisch keinen Strom aus den Modulen bekommen, obwohl wir ganz, ganz viele davon haben. Wir mussten den Strom für viel Geld im Ausland kaufen. Die Kilowattstunde hat in nur Erzeugung 80 Cent gekostet, nur die Erzeugung. Da kommt ja noch die Verteilung und alles andere dazu, 80 Cent.

Es werden noch höhere Preise erwartet, wenn die Dunkelflaute sich fortsetzt oder wieder beginnt. Also für die Sicherheit unserer Energieversorgung bringt von Photovoltaik nichts. Wir sind der Meinung, dass wir Photovoltaik auf den Dächern haben sollten, auf den Dächern der Privatleute, wenn die das wollen, aber wir möchten nicht Freiflächen-Photovoltaik haben, und deswegen, wenn das Ganze abgestimmt werden sollte, würden wir dagegen stimmen.

In Stupferich war es ja beispielsweise so, dass sich dort auch die Bevölkerung dafür ausgesprochen hat, die Photovoltaik lieber auf den Dächern von einem entsprechenden Industriegebiet zu verorten als in der Fläche, weil die wollen dort lieber das Gelände anders nutzen. Und deswegen ist das mit ein Grund, warum wir die Freiflächen-Photovoltaik nicht als das Mittel der Wahl sehen. Wie gesagt, Privatleute können das auf ihre Dächer packen, die Photovoltaik, und es gibt noch genügend Dächer, auf die man das draufsetzen kann. Und die Bürger, diese Bürgergenossenschaften, die machen das ja auch mit Hallendächern und so weiter. Also die könnten eigentlich wirklich erst sich um die Dächer kümmern, die dafür geeignet sind, und dann kann man die Flächen erst einmal verschonen. Es wird sich ja jetzt auch einiges ändern mit der neuen Bundesregierung. Man muss gucken, wie die Strompreise nachher wirklich sein werden. Das ganze Konzept der Stromversorgung ist ja infrage gestellt, gerade weil ja durch die Energiewende für diese Zeiten, wenn keine Sonne scheint und kein Wind weht, nicht mehr genügend Energie in Deutschland vorhanden ist. Also da wird sich einiges ändern. Man muss abwarten, wie viel Geld man überhaupt dann noch damit verdienen kann, deswegen auf keinen Fall jetzt in die Richtung Freiflächen-Photovoltaik gehen.

Stadtrat Gaukel (Volt): Irgendwie habe ich jetzt das Wort Atomkraft vermisst. Dass da jetzt nicht gefordert wird, wir machen Freiflächen-Atomkraft, das hätte ich ja schon erwartet, aber genauso erstaunlich, dass das nicht vorkam, ist, dass hier auf einmal unterstützt wird, dass PV-Anlagen auf Dächer gebaut werden. Das ist auch neu für mich, dass Menschen, die ja doch den Klimawandel oder den menschengemachten ablehnen, das befürworten. Ja, Dächer und Freiflächen haben den großen Unterschied, auf Freiflächen ist es deutlich leichter zu erbauen. Ich denke, das wissen wir auch alle. Und letztlich, es wurde ja schon entschieden, dass es ein favorisierter Standort beziehungsweise ein Vorranggebiet ist. Das ist ja vorgesehen für PV-Flächen, Freifläche, ob wir das jetzt noch befürworten oder nicht.

Grundsätzlich auch erst einmal danke für die CDU, hier den Aufschlag zu machen. Ich glaube, es ist immer gut, wenn wir da geeignete Flächen für suchen und uns überlegen, wie wir diese dann auch, ja, der Nutzung, der geplanten Nutzung zuführen. Danke auch der Verwaltung für die Antwort, der ich auch in den Sachen mitgehen kann, ich glaube auch nicht, dass die Stadt hier Bürgerenergiegenossenschaften für jeden Ort noch einmal gründen sollte. Grundsätzlich sind es ja auch Bürgerenergiegenossenschaften. Also es sollte ja auch von den Bürgern und Bürgerinnen kommen. Wenn die Stadt das quasi, sage ich einmal, initiiert, heißt es ja nicht, dass es am Ende weitergetragen werden kann. Ich glaube schon, im Rahmen der Möglichkeiten sollte da unterstützt werden. Das kann ja auch die KEK machen. Daher wäre auch meine Frage beziehungsweise eine Bitte zu Punkt 1, ob zu diesem Informationstermin auch vielleicht die **BENKA** mit eingeladen werden kann oder generell so das Thema Energiegenossenschaft mit aufgenommen kann, dass informiert wird, auch wenn da Interesse ist von den Bürgern. Wie können die das machen, was wären Schritte, dass man da auch wirklich konkret diese Ideen in den Raum stellt, weil vielleicht sagen ja die Bergdörfer, hey, wir sind die Bergdörfer, wir möchten eine

Energiegenossenschaft. Die andere hat keine Kapazität oder ist weit weg. Von daher glaube ich, wäre das sehr gut. Und dann wäre ja auch der CDU dann noch einmal mehr zurechtgetan für ihren dann doch guten Antrag.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Ich spreche jetzt für die drei Fs, FDP, Freie Wähler, FÜR Karlsruhe. Also den Antrag finde ich gut. Er ist deswegen gut, weil schon vor ewigen Zeiten haben wir die Bürgerenergiegenossenschaft sehr den Mittelpunkt gestellt, weil Menschen sind einfach bereit, Geld zu investieren, wenn sie wissen, es ist für eine gute Sache und für so einen ökologischen Sinn, das zu geben, wird sehr gefördert, ist förderungswürdig. Deswegen schon eine Energiegenossenschaft da oben zu gründen, wäre optimal, aber ich behaupte einmal, für die Zeit, für die Zeitskala wird man das nicht in kurzer Zeit schaffen. Es wird längere Zeit dauern, bis das überhaupt möglich wäre, die entsprechende Person zu finden, die Anträge durchzubringen. Aus dem Grund glaube ich nicht, dass es praktikabel ist. Die andere Frage ist, die BEnKA selber, die ist ja auch ehrenamtlich geführt. Und wie wollen die das hinkriegen, dann noch viel mehr Projekte zu stemmen? Also ich bin ein bisschen unsicher, ob das tatsächlich in dieser Weise verwirklichtbar ist. Grundsätzlich sehr zu begrüßen, wenn es möglich ist, dann sagen wir sehr, sehr gerne Ja.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, eine Genossenschaft kann sich dann auch hauptamtlich verstärken, wenn es irgendwann nicht ehrenamtlich leistbar ist. Also ich finde, wir diskutieren jetzt Dinge, die sollten wir denen überlassen, die es machen. Wir haben mit der KEK eine qualifizierte Beratung. Wenn sie eine Genossenschaft gründen wollen, kriegen sie über den Genoverband jede Beratung, die sie sich wünschen. Und ich habe jetzt hier ein paar begeisterte Bergdorf-Genossenschaftler gehört, die können sich gerne zusammenschließen und da oben etwas Eigenständiges machen. Und die Einladung würden wir zusagen, dass die da auch eingeladen wird.

Ich glaube, es hat sich so soweit alles erledigt, wenn ich das richtig verstanden habe. Insofern brauchen wir nichts abzustimmen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
6. Dezember 2024